

## Reichsrat-Vorspiel.

Von unserem Vertreter.

—vi— Wien, 19. Mai.

Alles, was sich jetzt auf innerpolitischem Gebiet in Oesterreich vollzieht, muß als Vorbereitung für die am 30. Mai beginnende Tagung des Reichsrats gewertet werden. Regierung und Parteien sind eifrig damit beschäftigt, schon vor dem Tage, an dem nach dreifähriger Pause die erste Sitzung der Volksvertretung stattfinden soll, mit dem Aufmarsch fertig zu sein. Dieser Ausdruck wird, weil er dem militärischen Hörerbuche entlehnt ist, leicht die Meinung hervorrufen, daß man nicht gerade einen ehr ruhigen und friedlichen Verlauf der Parlamentsberatungen erwartet. Die Auffassungen in dieser Beziehung sind geteilt. Es gibt Leute, die glauben, daß die Genugtuung darüber, daß wir wieder einmal ein Stück Verfassungsmäßigkeit besitzen, so groß sein wird, daß ein Zerbrechen des Parlaments nicht befürchtet zu werden braucht, und zwar um so weniger, als zu den Beschlüssen, die der Reichsrat fassen soll, doch auch der gehört, der

die von Rechts wegen im Falle der Untätigkeit der Abgeordneten-Mandate verlängern soll. Diese Rechnung hat etwas für sich, denn tatsächlich ist die Zahl der Mitglieder des österreichischen Parlaments, die Berufspolitiker in dem Sinne zu nennen sind, daß die Abgeordneten-Tagelöhner einen sehr wesentlichen Bestandteil ihres Einkommens bilden, keine unbedeutende. Es wird sich bald zeigen müssen, ob der Wille, trotz der nicht geringen Schwierigkeiten, die sich bei der Abwicklung des ohnehin nicht umfangreichen Arbeitsplanes ergeben werden, stark genug ist, um allen widrigen Einflüssen das Gleichgewicht zu halten. Die Regierung ist bestrebt, ihre Stellung möglichst zu stärken, um den zu erwartenden Erschütterungen nicht zum Opfer zu fallen. Die Audienz der deutschen Kaiser beim Kaiser Karl, das sich als eine ganz ungewöhnliche Vertrauenskundgebung darstellende Handschreiben des Monarchen an den Grafen Clam-Martiniß hatten offensichtlich den Zweck, dem Ministerium das Steuern durch die vielleicht hochgehenden politischen Wogen zu erleichtern. Das Verbleiben der beiden Minister Dr. Baernreither und Dr. Urban im Kabinett soll dessen Tragfähigkeit gleichfalls erhöhen, und außerdem ist man noch bestrebt, die christlich-sozialen Partei zum Eintritt eines ihrer Mitglieder in das Kabinett zu bewegen und sich dadurch diese Gruppe zu verpflichten. Das sind so im allgemeinen die Mittel und Mittelchen, die man bei uns seit Jahrzehnten anzuwenden pflegte, um wieder für einige Monate das Auslangen zu finden. Diese Methode hat sich schon Graf Taaffe, dessen politische Grundlosigkeit der österreichische Staat noch heute in allen Gliedern verspürt, zurecht gelegt, und man greift immer wieder nach ihr, wenn man sich in Verlegenheit befindet.

Man wird nicht allzu lange zu warten brauchen, um zu erkennen, ob man das ohnehin nicht sehr weit gesteckte Ziel der bevorstehenden Tagung des österreichischen Parlaments auf den so oft gegangenen Wegen — die sich häufig genug als Irrwege erwiesen haben — erreichen kann. Eine Reihe von Fehlern ist bereits begangen worden, und andere ist man im Begriffe zu begehen. Die weitaus sicherste Bürgschaft für die Herstellung der Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung wäre eine Geschäftsordnungsreform, die den Ursachen des bisherigen Versagens der österreichischen Gesetzgebungsmaschine ernstlich an den Leib rückt. Daß dies durch die Reform geschehen wird, zu der sich jetzt die Vertreter der acht größten Parteien des Abgeordnetenhauses zusammengesetzt haben, muß leider bezweifelt werden. Den Kern und das Wesen einer neuen Geschäftsordnung, die ge-

nelgt gewesen wäre, dem bisherigen unhaltbaren Zustande, der ein anarchischer genannt zu werden verdient, müßte die Verwirklichung der Forderung bilden, daß die Geschäfts- und Verhandlungssprache zu sein habe. Dieses Verlangen ist ebenso wenig der Ausfluß der Herrschbegierde der österreichischen Deutschen, wie das bisher gleichfalls unerfüllt gebliebene nach der Festsetzung der deutschen Staatsprache. Es ist nicht Verschönlichkeit und durch die augenblicklichen Umstände gebotenes Entgegenkommen, wenn man diese grundlegende Bestimmung der Geschäftsordnungs-Reform „zurückstellt“ und damit fallen läßt, sondern unverkennliche Schwäche. Es muß immer und immer wieder betont werden: was in diesem bedeutungsvollen, auf unabsehbare Frist hinaus entscheidenden Zeitpunkt für die Stärkung des Deutschthums in Oesterreich getan wird, das wird zugleich auch für den Staat getan. Aus dieser Erkenntnis erwächst aber den deutschen Parteien der Volksvertretung auch die gebieterische Pflicht, jeden ihrer Schritte genau abzumessen, jede ihrer Handlungen zu prüfen und abzuwägen. Was ihnen aber vor allem not tut, das ist unbedingte Einmütigkeit, die Vermeldung auch nur des Anscheinens, als ob sie persönliche oder Fraktionsinteressen über die gemeinsame Sache stellen würden. Die einheitlich geschlossene Front, der wir im Weltkriege so viele und so glänzende Erfolge zu danken hatten, muß für die politische Haltung der Deutschen in Oesterreich vorbildlich sein. Schon bei der Wahl des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses wird sich Gelegenheit eraben, strenge Manneszucht zu üben, die bei den Deutschen etwas ganz Selbstverständliches sein sollte.

### Kaiser Karls Eingreifen

#### in die innerpolitische Lage Oesterreichs.

Im heutigen Morgenblatte meldeten wir den Empfang von Vertretern der Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses durch Kaiser Karl. Hierzu gibt uns unser Wiener Berichterstatter folgenden kurzen Kommentar:

Wien, 22. Mai. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Der Entschluß des Kaisers, durch Empfang der Vertreter aller Parlamentsparteien in der Frage der Herbeiführung der Arbeitsfähigkeit des Reichsrates gewissermaßen die Initiative zu ergreifen, ist jedenfalls ein

bedeutungsvolles Ereignis. In sehr kurzer Zeit zum zweitenmal ein direktes Eingreifen der Krone in die innerpolitische Lage gehörte sonst zu den Ausnahmefällen.

### Der Pairschub in Oesterreich.

Wien, 22. Mai. (Drahtbericht.) Der Kaiser ernannte sechzig neue Herrenhausmitglieder und zwar fünf erbliche und 55 lebenslängliche. Unter den Erblichen befindet sich der frühere Botschafter in Petersburg, Franz Prinz zu Lichtenstein. Unter den Lebenslänglichen befinden sich Feldmarschall Freiherr Conrad von Höendorf, der frühere Kriegsminister Generaloberst Freiherr von Krobatin, der frühere Generaladjutant des Kaisers Franz Josef, Generaloberst Freiherr v. Wolfsz, Generaloberst Leibgardenkommendant von Dankl, Generaloberst von Pflanzler-Duklin, General von Böhm-Ermolli, der frühere Botschafter in Washington, Dumba, der frühere Botschafter in London, Graf Mensdorff-Pouilly, die früheren Minister Forst, Geymann und Hohenburger, der Gouverneur der Bodentreditanstalt, Ritter von Leith, Referent des Reichsgerichts, Dr. Patta, der Präsident der Landesverwaltungscommission in Böhmen, Graf Schönborn, die früheren Statthalter Kiekmannszegg (Niederösterreich), Diller (Salz), Karbellis (Falmation), der Bürgermeister in Wien, Dr. Weiskirchner, Generaldirektor der Skodawerke, Freiherr von Skoda, der Chef des Bankhauses Rothschild, Louis Freiherr von Rothschild, der Herausgeber der „Neuen Freien Presse“, Benedikt, mehrere Bischöfe, Hochschulprofessoren, Großgrundbesitzer und Großindustrielle.